



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Florian Ritter, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

Unterstützung für kulturelle Spielstätten unverzüglich umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das am 14. Mai 2020 angekündigte „Stabilisierungsprogramm für kulturelle Spielstätten und nichtstaatliche Kunst- und Kultureinrichtungen“ unverzüglich umzusetzen und alle Maßnahmen dafür zu ergreifen, dass die Unterstützung insbesondere an die kleinen und mittleren Spielstätten der Bereiche Theater, Kleinkunst, Musik und Kabarett spätestens ab dem 10. Juli 2020 ausbezahlt werden kann.

Begründung:

Am 14. Mai 2020 hatten Ministerpräsident Dr. Markus Söder und der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler das mit 30 Mio. Euro dotierte „Stabilisierungsprogramm für kulturelle Spielstätten und nichtstaatliche Kunst- und Kultureinrichtungen“ angekündigt, mit dem nach eigenen Angaben „bis zu 700 kleinere und mittlere Spielstätten im Bereich Theater, Kleinkunst, Musik und Kabarett“ unterstützt werden sollten. Das Programm ist für die von monatelangen Schließungen und anschließenden Einschränkungen betroffenen Kultureinrichtungen noch immer nicht abrufbar. Die kleinen und mittleren Spielstätten kämpfen ums Überleben. Nach monatelangen Schließungen und Einschränkungen bei der Wiedereröffnung sind sie massiv in ihrer Existenz gefährdet. Laufende Kosten müssen finanziert werden, Hygienevorschriften und Abstandsregelungen stellen für viele aber auch in den kommenden Monaten schwierige Rahmenbedingungen dar, die einen rentablen Betrieb in Frage stellen. Diese Einschätzung teilt auch das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst in seiner Ankündigung des Stabilisierungsprogramms: „Es ist davon auszugehen, dass die Rahmenbedingungen langfristig für Spielstätten in Bayern schwierig sein werden, denn die Krise wird länger fortbestehen, als die Nothilfeprogramme andauern.“

Zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur müssen die Spielstätten die angekündigte Unterstützung der Staatsregierung jetzt unverzüglich wahrnehmen können.